Mitmachen. Mitentscheiden. Mitglied werden.

Das gibt Ihnen die Möglichkeit, den Kurs unserer Partei mitzubestimmen und mit Gleichgesinnten über alles zu diskutieren, was Sie aktuell bewegt. Als Mitglied der AfD bekommen Sie Informationen aus erster Hand und wissen mehr als andere. Sie können sich aktiv in den Wahlkampf einbringen, lernen unsere Kandidaten persönlich kennen und können diese unterstützen. Kommen Sie zu unseren regelmäßigen Treffen und informieren Sie sich.

Werden Sie Mitglied
Der Mitgliedsbeitrag beträgt in der Regel 10 EUR/Monat für Berufstätige. Weitere Informationen erhalten Sie in unserer Geschäftsstelle unter Tel. 0711 / 217 263-35 oder per Email an: geschaeftsstelle@afd-bw.de.

Fördern Sie uns
Als Förderer bleiben Sie parteilos und zahlen den halben Mitgliedsbeitrag. Sie erhalten dieselben Informationen wie unsere Mitglieder und sind als Gäste mit Rederecht, jedoch ohne Stimmrecht, zu allen Parteiveranstaltungen herzlich eingeladen.

Unterstützen Sie uns
Wir freuen uns über jede Spende. Für Sie sind Spenden und Mitgliedsbeiträge als Parteispenden gem. § 34g EStG in besonderem Maße steuerlich begünstigt. Bis zu einer Obergrenze von 1.650 EUR/Jahr für Alleinstehende (3.300 EUR/Jahr für Verheiratete bei gemeinsamer Veranlagung) werden 50% Ihrer Spende von der Steuerschuld abgezogen, wenn Sie eine Spendenbescheinigung der AfD vorweisen.

Bitte überweisen Sie Ihre Spende auf das Konto bei der
Alternative für Deutschland – Baden-Württemberg
Volksbank Stuttgart
IBAN: DE 70 6009 0100 0241 0220 02
BIC: VOBADESSXXX
Bitte im Verwendungszweck „Wahlkampfspende“ und auf dem Einzahlungsbeleg die vollständige Adresse für eine spätere Spendenquittung angeben.

Alternative für Deutschland

www.afd-bw.de

V.i.S.d.P. AfD-Landesverband Baden-Württemberg
Zeltachring 6, 70567 Stuttgart

Für unser Land – für unsere Werte

Genug ab GEZ ockt!

Wehren Sie sich!

AfD wählen!

Alternative für Deutschland

www.afd-bw.de

Der Beitragsservice, die „Neue“ GEZ treibt die Zwangsgebühr für die öffentlich rechtlichen Rundfunkanstalten ein.

Seit 01.01.2013 wird durch den so genannten „Beitragsservice“ für ARD, ZDF und Deutschlandradio eine Zwangsgebühr für alle erhoben. Unabhängig von der Nutzung eines Rundfunk- und Fernsehgerätes beträgt die Zwangsgebühr für jeden Haushalt 17,50 € pro Monat, das sind 210,00 € pro Jahr. Auch Unternehmen werden durch den Beitragsservice erfasst. Diese müssen unabhängig von der tatsächlichen Nutzung in Abhängigkeit der Anzahl ihrer Mitarbeiter und der Größe des Unternehmens im Durchschnitt sogar deutlich mehr bezahlen.

Der so harmlos klingende „Beitragsservice“ (früher GEZ) dient de facto als Geldeintreiber für die öffentlich-rechtlichen Sendeanstalten. Der Einzug dieser Zwangsgebühren wird mit dem Rundfunkstaatsvertrag und dem damit verbundenen Informations- und Bildungsauftrag begründet. Die AfD sieht darin nichts anderes, als eine Verabredung der sechzehn Bundesländer wie die Bundesbürger aufgrund einer verfassungsrechtlich bedenklichen Konstruktion ungeniert ausgeplündert werden können. Dank der aktuellen 15. Änderung können die staatlichen Rundfunk- und Fernsehsender deutlich über acht Milliarden Euro pro Jahr eintreiben.

Der Einzug der Gebühren fordert von den öffentlich-rechtlichen Sendern, entsprechend dem Rundfunkstaatsvertrag dem gesetzlich vorgesehenen Informations- und Bildungsauftrag gewissenhaft nachzukommen. Nur die gewissenhafte Erfüllung dieses Versorgungsauftrags würde den Einzug der Gebühren, jedoch nicht in dieser Größenordnung, rechtfertigen.

Von einer unabhängigen und ausgewogenen Information und Berichterstattung zu aktuellen Themen kann derzeit jedoch nicht gesprochen werden. Durch die politisch gefärbte Besetzung des Rundfunkrates ist der Meinungsmanipulation Tür und Tor geöffnet. Die öffentlich-rechtlichen Sender sind in großem Umfang zu Propagandamaschinen der Altparteien mutiert.

Darüber hinaus sind die öffentlich-rechtlichen Sender zu Versorgungsanstalten und Selbstbedienungsläden verkommen. Bedienstete beziehen Gehälter und Ruhestandsbezüge (1) in einer so sittenwidrigen Höhe, dass selbst Spitzenpolitiker wie Geringverdiener erscheinen lässt. Die beauftragten Summen für Dienstleister sprengen die Vorstellungskraft eines Normalverdieners deutlich (2).

(1) http://www.rp-online.de/panorama/fernsehen/tom-buhrow-gehalt-wie-viel-verdient-der-intendant-aid-1.4413127

(2) http://www.focus.de/finanzen/news/jauch-lierhaus-und-co-die-gehaelter-deutscher-tv-stars_aid_723458.html

Deshalb fordert die AfD:

- Kündigung des Rundfunkstaatsvertrages und ein Ende der nutzungs-unabhängigen Zwangsgebühren
- Deutliche Verringerung der Anzahl von TV- und Rundfunkprogrammen
- Parteipolitische Neutralität und Staatsferne des öffentlich-rechtlichen Rundfunks: Programme, Finanzierung, Organisation und die Kontrolle durch Rundfunk- und Fernsehräte sind grundlegend zu reformieren.
- Keine zusätzliche Finanzierung durch Werbeeinnahmen
- Transparente Entscheidungsprozesse

Das ausführliche Wahlprogramm der AfD Baden-Württemberg können Sie nachlesen unter: www.afd-bw.de/wahlprogramm

„Die Altparteien haben auf ganzer Linie versagt. Die Alternative für Baden-Württemberg heißt AfD!“

Prof. Dr. Jörg Meuthen,
Spitzenkandidat